

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021  
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Schaffung von 120 zusätzlichen Abschiebehaftplätzen**

Einzelplan 18 **Staatliche Hochbaumaßnahmen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 18 01 Staatliche Hochbaumaßnahmen  
Buchungskreis: 2535

Produktnummer lt. Leistungsplan 8

Bezeichnung lt. Leistungsplan Bauten Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen

**Kameraler Haushalt:****Beträge in EUR**

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
712	Hochbaumaßnahmen	236.800.000	+ 10.000.000	246.800.000

**Kameraler Haushaltsabschluss:****Beträge in EUR**

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 7	250.876.800	+ 10.000.000	260.876.800
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-316.670.000	-10.000.000	-326.670.000

**Verpflichtungsermächtigungen:****Beträge in EUR**

Verpflichtungsermächtigungen zu Titel 712	von	um	auf
Verpflichtungsermächtigungen 2022	170.980.000	+ 40.698.200	211.678.200
Verpflichtungsermächtigungen 2023	121.502.400	0	121.502.400
Verpflichtungsermächtigungen 2024	66.565.000	0	66.565.000
Verpflichtungsermächtigungen 2025	31.502.400	0	31.502.400
Gesamtverpflichtung	390.549.800	+ 40.698.200	431.248.000

**Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

**Begründung des Änderungsantrags:**

Nach Aussage des Ministeriums des Innern und für Sport sollen sich die Gesamtkosten der Baumaßnahmen für die Darmstädter Abschiebehafteinrichtung, mit einer Kapazität von bis zu 80 Abschiebehaftplätzen, auf 33.798.800 Euro belaufen. Daraus ergeben sich Kosten i.H.v. 422.485 Euro pro Abschiebehaftplatz.

Für die nach Einschätzung der AfD-Fraktion sofort notwendigen zusätzlichen 120 Abschiebehaftplätze ergibt sich damit ein Investitionsbedarf von 50.698.200 Euro. Dieser Betrag teilt sich auf in 10 Mio. Euro für das Jahr 2021 und den Restbetrag von 40,7 Mio. Euro im Jahre 2022.

Die Gesamtkosten für die Einrichtung der 200 Abschiebehaftplätze belaufen sich damit auf 84,5 Mio. Euro.

Im Jahre 2019 waren im polizeilichen Fahndungssystem in Hessen über 10.000 Fahndungsausschreibungen zur Ausweisung, Abschiebung und Zurückschiebung hinterlegt.

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion  
der AfD  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Robert Lambrou**